

Regierungsratsbeschluss

vom 12. März 2024

Nr. 2024/395

Vernehmlassung zur Umsetzung der Standesinitiative 19.300; Keine Verjährungsfristen für Schwerstverbrecher Schreiben an die Kommission für Rechtsfragen des Ständerates

1. Erwägungen

Die Staatskanzlei unterbreitet dem Regierungsrat das Schreiben an die Kommission für Rechtsfragen des Ständerates betreffend Vernehmlassung zur Umsetzung der Standesinitiative 19.300 (Keine Verjährungsfristen für Schwerstverbrecher) zur Beratung und Beschlussfassung.

2. Beschluss

Auf Antrag der Staatskanzlei wird das Schreiben an die Kommission für Rechtsfragen des Ständerates betreffend Vernehmlassung zur Umsetzung der Standesinitiative 19.300 (Keine Verjährungsfristen für Schwerstverbrecher) beschlossen.



Andreas Eng
Staatschreiber

Beilage

Schreiben an die Kommission für Rechtsfragen des Ständerates vom 12. März 2024

Verteiler

Staatskanzlei
Staatskanzlei, Legistik und Justiz (3)
Departement des Innern
Obergericht
Gerichtskonferenz, p. Adr. Guido Walser, Amtsgerichtspräsident Thal-Gäu, Schmelzihof
Staatsanwaltschaft
Jugendanzwaltschaft
Medien (elektronischer Versand durch STK Kommunikation)